

Zeitschrift: Werdenberger Jahrbuch : Beiträge zu Geschichte und Kultur der Gemeinden Wartau, Sevelen, Buchs, Grabs, Gams und Sennwald
Herausgeber: Historischer Verein der Region Werdenberg
Band: 24 (2011)

Artikel: Die Landschaft im gesellschaftlichen Wertewandel : vom Umgang mit Lebensraum am Beispiel von Grossprojekten aus zwei Jahrhunderten
Autor: Reich, Hans Jakob
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-893612>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

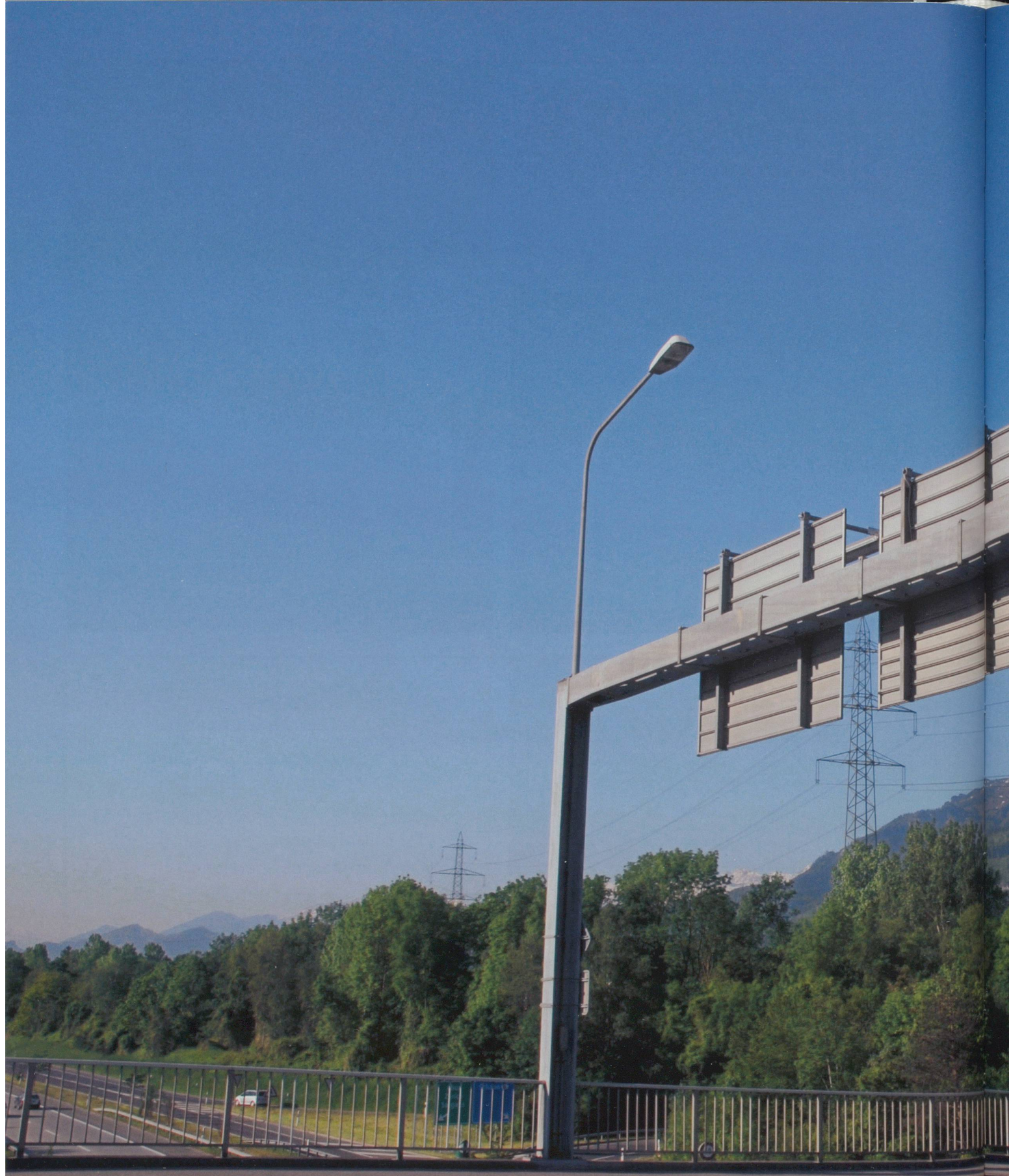
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Wo einst der Rhein in seinem noch breiteren Bett floss, fließt und kreuzt sich heute der Verkehr zwischen Nord und Süd und Ost und West – und die Landschaft erscheint aus dieser Perspektive nur mehr als Kulisse der Zivilisationsinfrastruktur. Foto 24. Mai 2010, Hans Jakob Reich, Salez



Die Landschaft im gesellschaftlichen Wertewandel

Vom Umgang mit Lebensraum am Beispiel von Grossprojekten aus zwei Jahrhunderten

Hans Jakob Reich

Erst seit 1962 ist der Natur- und Heimatschutz als Aufgabe des Bundes und damit auch der Kantone in der Bundesverfassung verankert. Erst 1969 wurde ein Raumplanungsartikel in die Bundesverfassung aufgenommen, und erst 1979 erliess der Bund dann auch das entsprechende Raumplanungsgesetz. Dessen im Vollzug ungenügende Wirksamkeit führte 2007 zur Landschaftsinitiative «Raum für Mensch und Natur», über die das Schweizer Volk noch abzustimmen hat. Sie verlangt «die zweckmässige und haushälterische Nutzung des Bodens, die geordnete Besiedlung des Landes, die Trennung des Baugebiets vom Nichtbaugebiet und den Schutz des Kulturlandes».

Diese wenigen Eckdaten zeigen: Der Umgang mit der Ressource Landschaft ist schwierig, und Politik und Behörden tun sich schwer mit dem Nachvollzug des Wandels von gesellschaftlichen Wertvorstellungen. Die einzigen in der Schweiz bislang verfassungsmässig und wirksam geschützten Landschaften sind die Moorlandschaften – weil Volk und Stände mit der Ende 1987 überraschend angenommenen Volksinitiative «zum Schutz der Moore – Rothen-thurm-Initiative» das so wollten.

Der Wandel der Wertvorstellungen, der hier am Beispiel von das Alpenrheintal betreffenden Grossprojekten beleuchtet werden soll, setzte bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts ein, konnte sich aber noch während Jahrzehnten lediglich in privaten Initiativen und ideellen Vereinigungen manifestieren. Die Sorge um das bauliche Kulturgut, nicht zuletzt aber auch die Ausbeutung der Landschaft zu touristischen Zwe-

cken – vor allem an Seeufern und in den Alpen – führte 1905 in Bern zur Gründung der Schweizerischen Vereinigung für Heimatschutz.¹ Die Initiative dazu hatte die Sektion Bern der Gesellschaft schweizerischer Maler und Bildhauer ergriffen; der französische Name lautete bezeichnenderweise «*Ligue pour la conservation de la Suisse pittoresque*» ‘Bund zur Bewahrung der malerischen Schweiz’ – der Ansatz war also unverkennbar ein ästhetischer und noch stark beeinflusst von der in die frühe Neuzeit zurückreichenden Landschaftsmalerei.² Dass aber auch naturräumliche Aspekte Beachtung fanden, zeigt sich im Engagement der Vereinigung für das Nationalparkprojekt, mit dessen Realisierung 1910 sich der Schweizerische Bund für Naturschutz als eigenständige Organisation aus dem Heimatschutz herauslöste.³

Materiell-existenzielle Werte

Als ab der Mitte des 19. Jahrhunderts die das Landschaftsbild des Alpenrheintals tiefgreifend verändernden Grossprojekte in Angriff genommen wurden – der Bau der Eisenbahn und vor allem die Rhein- und die Binnengewässerkorrektur mit den daran anschliessenden Meliorationen –, war Landschaftsschutz kein Thema. Ursprüngliche (Kultur-)Landschaft war kein knappes Gut. Aber wirtschaftliche Not und fehlende Existenzaussichten zwangen viele zur Auswanderung, die Böden der Talebene versumpften zunehmend, ein unsägliches Erbteilungssystem hatte den Bodenbesitz in kaum noch für die Selbstversorgung ausreichende Kleinstparzellen zerstückelt, und immer wie-

der trat der Rhein zerstörerisch über die Ufer.⁴ In den Auseinandersetzungen um die Projekte, die eine Verbesserung der Situation bringen sollten, ging es vorab um die der Bevölkerung aus der Verwirklichung erwachsenden zusätzlichen Belastungen, also um materiell-existenzielle Werte.

Vor diesem Hintergrund ist zum Beispiel die Ablehnung der Binnengewässerkorrektur (Bau des Werdenberger Binnenkanals) durch die Grundeigentümer im Frühjahr 1879 zu sehen. Zustimmung fand das Vorhaben nur gerade in Haag, wo die Not am grössten war. Die nachfolgenden Zitate dokumentieren Inhalt und Art der damaligen Auseinandersetzung.⁵

Nach der Ablehnung meldete sich der Sektionsingenieur der st.gallischen Rheinkorrektur, Jost Wey⁶, mit vehementem Protest zu Wort: «[Wir protestieren] zum Voraus dagegen, wenn uns die Folgen des allmählig herannahenden Unglücks ganz oder theilweise zugewiesen werden sollten;

wir protestieren irgend welchen Antheil an dem schaudervollen Tage zu haben, wo die hochgehenden Wogen des Rheins die Dämme übersteigen [...];

wir protestieren auch im Namen der hartbedrängten Bevölkerung von Haag und Umgebung, die treulos im Stich gelassen und ohne Rücksicht und Pietät dem gänzlichen Ruin überantwortet wird;

wir protestieren im Namen der übrigen Rheinbezirke, denen wegen der Renitenz des einen, vermöge der solidarischen Tragung der Rheinkorrektions-Kosten, wieder schwere Lasten überbunden werden;

wir protestieren endlich im Namen des Kantons und der Eidgenossenschaft, die



Der Rhein vor der Korrektur bei der Einmündung der Ill, um 1830 (Louis Bleuler, «Réunion de l'Ille et du Rhin»).

Sammlung Liechtensteinisches Landesmuseum/aus der Sammlung Adolf Peter Goop

allzeit bereit waren, dem bedrohten Rheinthale zu Hülfe zu kommen und die Millionen an das Rettungswerk beisteuerten, welches nur kurzsichtiger und hartnäckiger Weise wegen einiger hunderttausend Franken preisgegeben werden soll.

Gleichzeitig sei die ganze Schuld und Verantwortlichkeit an dem entsprechenden Unglück denjenigen überbunden, die unsern Mahnrufen ihr Ohr verschlossen hielten, die aus Rücksichtslosigkeit für ihre Nachbarn mit Rappen geizten, aber Millionen preisgeben; die, sei es aus Hartnäckigkeit oder Übelwollen, aus Leichtsinne oder Trägheit ihre hilfreiche Hand dem Werk der Rettung entzogen.»⁷

«Rheinanwohner mehrerer Gemeinden» reagierten umgehend: «Wir wundern uns gar nicht, wenn Herr Sektions-Ingenieur von Ragatz vor Beginn der Grossrathssitzung wieder einen Nothschrei erlässt für sein Projekt einer Binnengewässerkorrektur im Bezirke Werdenberg. Wohl aber bewundern die Rhein-

anwohner die aussergewöhnliche Zähigkeit, mit welcher derselbe seine und seiner Angestellten Stellung zu erhalten sucht.

Eine Erörterung der Rheinkorrektionsverhältnisse ist nicht mehr nothwendig, weil die Thatsachen überall zu genau sprechen. Die Rheinanwohner wissen nur zu gut, was sie durch die Rheinkorrektur gewonnen haben. Steuersäckel fang an zu sprechen! [...]

Die Rheinanwohner sind kein Spielzeug von Technikern, selbst wenn dieselben höheren Ortes protegirt sind, und

protestieren auch ihrerseits gegen jede neue Belastung. Wir haben bezahlt und werden den fernern Unterhalt der Bauten zu bestreiten wissen, aber die Rheinwuhroogtei muss fort, weil es hoher Zeit ist. Gemeinden und Private spüren das.»⁸

Im «Werdenberger» vom 28. Juni 1879 entgegneten zwölf Werdenberger Kantonsräte Weys Protest wie folgt: «[...] Das Werdenberg kennt in seiner Grosszahl die missliche und gefahrvolle Lage, in der es schwebt, ja es weiss nur zu gut, dass eintretende Rheineinbrüche leider viel schlim-

1 Vgl. Zimmermann et al. 2002, S. 104.

2 Zur Landschaftsmalerei vgl. Marlies Kessler, «Mit Bleistift, Feder und Pinsel dem Rhein entlang», im vorliegenden Band.

3 Zimmermann et al. 2002, S. 105.

4 Zur damaligen Situation vgl. das *Werdenberger Jahrbuch* 1988 (1. Jg.) zum Schwerpunktthema «Auswanderung» und das *Werdenberger Jahrbuch* 1990 (3. Jg.) zum Thema «Rhein und Rheinkorrektur».

5 Der Verfasser dankt Anton Heer, Flawil, für die zur Verfügung gestellten Abschriften der nachfolgend zitierten Zeitungseinsendungen.

6 Zu Jost Wey vgl. Anton Heer, «Die wasserbautechnische Prägung der Talebene im 19. Jahrhundert», im vorliegenden Band.

7 Beilage zum *Tagblatt der Stadt St. Gallen* No. 127/[Mai] 1879.

8 *Tagblatt der Stadt St. Gallen* No. 128/[4.6.1879] 1879.

mere Folgen haben als ehedem – die Gefahr ist gross – sie ist aber auch heute noch nicht von der Bedeutung und in der Masse vorhanden, wie Herr Wey für gut findet in die Welt hinauszuschreiben, – nein das ist heute noch – gelinde gesagt – ganz erheblich übertrieben. [...]

Pflicht des Herrn Wey, des gut salarirten Staatsangestellten, wäre es daher gewesen, den Verwerfungsgründen etwas näher nachzuspüren und nicht der schwer bedrängten Bevölkerung eines ganzen Bezirks, die schon so viel Ungemach erlitten, so lieblose, ungerechtfertigte, ihren Kredit, Ehre und guten Namen raubende Anklagen ins Angesicht zu schleudern. Gegen ein solches Gebaren müssen wir uns angesichts der ganzen Sachlage Namens der Bevölkerung des Bezirks Werdenberg alles Ernstes verwahren und des Entschiedensten Protest einlegen.»⁹

Ideelle Werte werden zur mobilisierenden Kraft

Während die grossräumigen, ebenfalls auf materiell-existenziellen Werten begründeten Bodenverbesserungen in den Jahren des Zweiten Weltkriegs und auch danach noch kaum Widerspruch erregten¹⁰, machte sich Anfang der 1950er Jahre erstmals der Wandel hin zu ideellen Werten bemerkbar. Das geplante Flusskraftwerk Rheinau im Kanton Zürich und das Projekt Hochrheinschiffahrt (das auch von der St.Galler Regierung vehement forciert wurde) lösten eine breite, gesamtschweizerisch beachtete Volksbewegung für den Natur- und Landschaftsschutz aus. Das damals entstandene «Überparteiliche Komitee zum Schutz der Stromlandschaft Rheinfall–Rheinau» und das «Komitee zum Schutze des Nationalparks» – beide Organisationen bekämpften den Bau von Wasserkraftwerken in schützenswerten Fliessgewässerlandschaften – schlossen sich 1960 zum «Rheinaubund» zusammen.¹¹ Diese bis heute bestehende Organisation steht für den Übergang vom Natur- und Landschaftsschutz zu einem breit angelegten Umweltschutz, der sich gegen die allgemeine Beeinträchtigung der



Für die von 1961 bis 1967 dem Rhein entlang verlegte Ölpipeline stellte der Kanton St.Gallen das Land kostenlos und ohne Rücksprache mit den Rheingemeinden zur Verfügung. Aus Hodel 2003, S. 174

Lebensqualität durch die Verschmutzung von Luft, Wasser und Boden wendet, auf die Grenzen des Wachstums hinweist und den Sinn des Einsatzes von Grosstechnologie hinterfragt.

St.Gallen im Öltrausch

Mit Grosstechnologie-Projekten sah sich ab den 1960er Jahren auch die Bevölkerung des Alpenrheintals konfrontiert. Unter der Federführung von Bauchef Simon Frick stellte die St.Galler Kantonsregierung der italienischen Ölfirma Società Nazionale Metanodotti (SNAM) kostenlos den seit der Rheinkorrektur im Besitz des Kantons befindliche Landstreifen entlang dem Rhein für den Bau der Ölpipeline Genua–Ingolstadt zur Verfügung. Die SNAM gestand St.Gallen hierfür ein Recht zum Bezug von jährlich 400 000 Tonnen Erdöl zu. Im Baudepartement verfolgte man zielstrebig dementsprechende Folgeprojekte. In der Gemeinde Sennwald wurde Land zusammengekauft für eine spätere Landumlegung in die Sennwalder Au. Dort sollten eine Raffinerie und petrochemische Werke entstehen, und in Rüthi wollten die Nordostschweizerischen Kraftwerke (NOK) die Abfallprodukte des Raffine-

rieprozesses in einem ölthermischen Kraftwerk verwerten. Im Rheintal war man darüber verärgert, dass die Regierung das Land für die Pipeline ohne Rücksprache mit den betroffenen Gemeinden vergeben hatte. Als die NOK und die Regierung Ende November 1963 das Projekt des ölthermischen Kraftwerks präsentierten, formierte sich, getragen vom «Aktionskomitee für die Reinhaltung der Luft im Rheintal», in der Bevölkerung beidseits des Rheins massiver Widerstand. Er gipfelte – nachdem der St.Galler Kantonsrat dem Projekt im Juni 1965 in einer zweitägigen Sondersession mit rund 100 gegen 70 zugestimmt hatte – am 11. September 1965 in einer Grosskundgebung in Feldkirch mit 10 000 Teilnehmenden. Die inzwischen veränderten Wertvorstellungen sind im folgenden Zitat aus der vom Buchser Ortspräsidenten und Hauptinitianten der Bewegung, Hans Rhyner (1911–1999), in Feldkirch gehaltenen Rede erkennbar:

«Noch ist unsere Luft verhältnismässig rein, gesund. Die geplanten Werke würden nicht nur schädliche Gase, sie würden auch noch riesige Mengen Staub, Asche und Russ ausstossen. In wenigen Jahren müsste unsere Luft in einem Masse ver-

*schmutzt sein, dass unser Tal das Wertvollste, was es heute noch zu bieten vermag und von dem die Gesundheit von Mensch, Tier und Pflanze abhängt, eingebüsst hätte. Es heisst darum, den Anfängen zu wehren, den Anfängen, deren Ende unabsehbar ist. Erweisen wir uns unserer Landschaft, unserer Heimat würdig [...], lassen wir uns nicht durch kurzfristige materielle Vorteile blenden. Erhalten wir unseren Nachkommen gesunde Luft und reines Wasser. Besseres können wir ihnen nicht vererben. Wir wollen dies tun – darum gibt es nur einen Schluss: Thermisches Kraftwerk Rüthi und Raffinerie Sennwald: nein!*¹²

«Die grösste Schweizer Umweltbewegung in den Sechzigerjahren»¹³ war mit ihrem Widerstand erfolgreich: Die Erdölpipeline ging 1966 zwar in Betrieb, aber das Ölkraftwerkprojekt in Rüthi wurde von den NOK aufgegeben, und statt einer Erdölraffinerie entstand 1974/75 in der Sennwalder Au «nur» ein Umschlagplatz mit Destillationsanlage. Sie wurde schon nach wenigen Betriebsjahren stillgelegt. Seit 1997 fliesst auch kein Öl mehr durch die Pipeline. Die Stahlröhre blieb danach fast 13 Jahre lang ungenutzt, bis sie nun seit November 2009 dem Erdgastransport zwischen St.Margrethen und Bad Ragaz dient.

Wenn kein Ölkraftwerk, dann halt ein AKW

Noch bevor der «Traum vom schwarzen Gold» ausgeträumt war, begannen die NOK, auf dem Standort in Rüthi ein Atomkraftwerk zu planen. Offiziell bekannt gegeben wurde das Projekt im März 1972. Sogleich regte sich Widerstand, auch in Liechtenstein und besonders heftig in Vorarlberg. Im September 1973 trat die Arbeitsgemeinschaft Rheintal-Werdenberg an die Öffentlichkeit. Sie hatte zur Untersuchung der Auswirkungen des AKWs eine Kommission unter der Leitung des Gamser CVP-Nationalrats Andreas Dürr (1923–2004) eingesetzt. Sie wies in ihrem Bericht besonders auf die Vermischung der Abgase aus der mittlerweile im Bau befind-

lichen Destillationsanlage Sennwald mit den Dampffahnen des AKWs hin und warf der St.Galler Regierung vor, sie vernachlässige hierbei die Interessen der Rheintaler Bevölkerung. 1974 formierte sich der Widerstand auch im übrigen Kanton St.Gallen. Zwei kantonale Initiativen gegen das Vorhaben wurden lanciert, die vom Kantonsrat gemäss dem Antrag der Regierung im Mai 1975 aber als ungültig abgeschrieben wurden – einen Monat nach der Besetzung des Baugeländes des geplanten AKWs Kaiseraugst. Im Juni darauf gründeten in Altstätten rund 500 Personen den Verein «Atomkraftwerk Rüthi Nein». Kurz danach kam das Schweizer AKW-Programm jedoch zum Stillstand, und 1980 wurde bekannt, dass die NOK das Projekt Rüthi nicht mehr weiterverfolgen würden. Es war, wie der damalige St.Galler Bauchef Willi Geiger im Kantonsparlament erklärte, vor allem der Widerstand aus Österreich, der das Projekt als aussichtslos erscheinen liess.¹⁴

Das für das AKW vorgesehene Bauland befindet sich nach wie vor im Besitz der NOK. Die Ortsgemeinde Rüthi hat vor einigen Jahren auf die Beanspruchung eines seinerzeit vereinbarten Rückkaufsrechts verzichtet.

Via Rheinkraftwerkprojekt zu regenerativem Handeln

Kaum war die Diskussion um das AKW-Projekt Rüthi abgeschlossen, lancierten die NOK, diesmal zusammen mit den Liechtensteinischen Kraftwerken LKW, 1981 mit der Einreichung des Konzessionsgesuchs das Projekt Rheinkraftwerke Schweiz-Liechtenstein¹⁵, das dem Alpenrheintal ein drittes Jahrzehnt ununterbrochener Auseinandersetzungen um Kraftwerk-Grossprojekte bescherte. Im Unterschied zu den beiden Projekten in Rüthi bedeutete dieses Vorhaben mit fünf Staufstufen von Trübbach bis Sennwald einen massiven Eingriff ins zentrale Landschaftselement des Tals. Die Bedenken der Gegner, die sich in der 1981 gegründeten «Vereinigung zum Schutze des Rheins» organisierten, be-

trafen schwergewichtig ökologische Aspekte, vorab das Grundwasserregime, die Fauna und Flora und die Flusssicherheit, aber auch die Hochwassersicherheit, das Landschaftsbild zwischen den Dämmen und damit den Wert des Flusses als Erholungsraum. Selbst der vom Studienkonsortium, dem die LKW, die NOK und die Motor Columbus AG angehörten, 1991 vorgelegte, gegen neun Millionen Franken teure Umweltverträglichkeitsbericht vermochte die Bedenken nicht auszuräumen. Und diesmal stützte auch die St.Galler Regierung die Einwände aus der Bevölkerung des Alpenrheintals: Sie ersuchte im Februar 1993 den Bundesrat, dem Wasserrechtsverleihungsgesuch nicht stattzugeben. In den Vordergrund stellte sie die Sorge um das Grundwasser: *«Lebenswichtig und deshalb ausschlaggebend für die Beurteilung des Projekts [...] durch den Regierungsrat ist das Thema Grundwasser. Eine negative Beeinflussung des Grundwassers kann aufgrund der Unterlagen im Umweltverträglichkeitsbericht nicht ausgeschlossen werden. Eine zufriedenstellende Beurteilung der Auswirkungen der Rheinkraftwerke auf Qualität und Quantität des Grundwassers im Hinblick auf die Trinkwassergewinnung und auf die Nutzung der Rheinebene für die Land-*

9 *Der Werdenberger* No. 74, 28.6.1879, unterzeichnet mit: «Die Werdenbergischen Kantonsräthe Rohrer, Schwarz, Senn, Gauer, Saxer, Göldi, Tinner, Hardegger, Göldi, Grässli, Eggenberger, Grässli». – Zum 1882–1886 dann doch erfolgten Bau des Werdenberger Binnenkanals siehe Reich 1990.

10 Vgl. dazu Hansjakob Gabathuler, «Der Umbau des Alpenrheintals vom 'einöden Rietgelände' in 'domestizierte Natur'», im vorliegenden Band sowie die verschiedenen Beiträge zum Thema «Kulturlandschaft/Bodenverbesserungen» im *Werdenberger Jahrbuch* 1996, 9. Jg.

11 Nach Hodel 2003, S. 171.

12 W&O, 15.9.1965.

13 Hodel 2003, S. 176.

14 Hodel 2003, S. 177f.

15 Zum Projekt siehe Streichenberg 1990.



Der Rhein bei der Einmündung der Ill. Vorne der um 1905/06 gebaute und 2006–2008 ökologisch aufgewertete Rheintaler Binnenkanal – ein Beispiel des jüngsten Wertewandels im Umgang mit Landschaft. Zwischen Kanal und Rhein das Land, auf dem der Bau eines Ölkraftwerks beziehungsweise des AKWs Rüthi vorgesehen war. Luftaufnahme 2006 Hans Jakob Reich, Salez

und Forstwirtschaft und in Restgebieten als Naturraum erscheint dem Regierungsrat derzeit nicht möglich.»¹⁶

Das Rheinkraftwerkprojekt hatte auch sein Gutes: Der Umweltverträglichkeitsbericht zeigte die ökologischen Defizite und den Handlungsbedarf am Alpenrhein auf. In den Arbeitsgruppen der als Folge der Kraftwerkdiskussion seit 1995 bestehenden «Internationalen Regierungskommission Alpenrhein» wird grenzüberschreitend nach Lösungen gesucht. Auch wenn sich am Rhein selber in Sachen ökologischer Aufwertung noch nichts Sichtbares getan hat, so sind doch wenigstens an den Nebengewässern und Zuflüssen seither verschie-

dene Revitalisierungsprojekte verwirklicht worden.¹⁷ In diesem Sinn steht das Rheinkraftwerkprojekt für einen weiteren gesellschaftlichen Wertewandel im Verhältnis zur Landschaft: für die allmähliche Wende von einer an rein materiellen Interessen orientierten Landschaftsnutzung und -ausbeutung zu einer umsichtigen, auch regenerativ gestaltenden Landschaftsentwicklung.¹⁸

Die nachfolgenden Beiträge befassen sich mit dem Aspekt «Nutzung und Gestaltung der Landschaft», vor allem auch mit der Frage nach dem Handlungsbedarf, der sich aus dem übernommenen Erbe und den jüngsten Entwicklungen ergibt.

¹⁶ Aus der Medienmitteilung der Staatskanzlei im W&O, 10.2.1993.

¹⁷ Siehe dazu Mario F. Broggi, «Vom Landschaftswandel und von den Perspektiven der räumlichen Entwicklung», im vorliegenden Band.

¹⁸ Abgezeichnet hat sich diese Wende erstmals beim Autobahnbau in den 1960er Jahren, der umfangreiche Rodungen von Auenwald erforderte, gegen die der damalige Kreisoberförster Josef Widrig (1915–1980) erbitterten, aber erfolglosen Widerstand leistete. In langem Kampf erreichten Naturschutzkreise um den Grabser Ornithologen Hans Schapper (1922–2010) schliesslich wenigstens die Schaffung der Ersatzbiotope Afrika (Buchs) und Wisenfurt (Buchs/Sennwald). Vgl. dazu verschiedene Beiträge im *Werdenberger Jahrbuch* 1997, 10. Jg., zum Schwerpunktthema «Strassen und Wege».

Literatur

Hodel 2003: HODEL, JAN, *Umweltbewusstsein und Umweltverhalten 1960–1990*. In: *Sankt-Galler Geschichte* 2003, Bd. 8, St.Gallen 2003, S. 169–184.

Reich 1990: REICH, HANS JAKOB, *Die Korrektur der Werdenberger Binnengewässer*. In: *Werdenberger Jahrbuch* 1990, 3. Jg., S. 107–212.

Streichenberg 1990: STREICHENBERG, ALEX, *Das Rheinkraftwerkprojekt Schweiz-Liechtenstein*. In: *Werdenberger Jahrbuch* 1990, 3. Jg., S. 180–182.

Zimmermann et al. 2002: ZIMMERMANN, HANS / ZIMMERMANN-BODMER, ANITA / DIETSCHI, HANSRUEDI / KUHN, FELIX, *Von*

der Heimat im ererbten Kulturgut. Der Schweizer Heimatschutz gestern und heute. In: *Werdenberger Jahrbuch* 2002, 15. Jg., S. 103–110.



Wald und Weiden dominieren die Wildhauser Senke, den Übergang ins Toggenburg zwischen dem Alvier- und dem Alpsteinmassiv.

Foto 11. Juli 2010, Hans Jakob/Reich, Salez